



LICHTENBERGER REGISTER

ZUR ERFASSUNG EXTREM RECHTER UND DISKRIMINIERENDER VORFÄLLE IM BEZIRK

In Trägerschaft der:



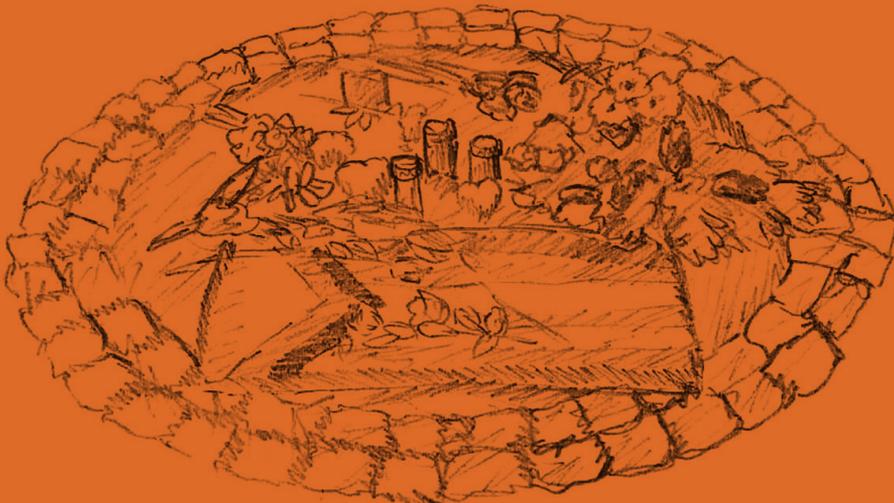
Das Lichtenberger Register im Jahr 2022 Rassismus: Das zentrale Motiv auch außerhalb der organisierten Rechten

Dem Lichtenberger Register wurden im vergangenen Jahr **534 Vorfälle** gemeldet. Damit erreichte das Register durchschnittlich alle 16 Stunden eine Meldung. Auch wenn es im Vergleich zu 2021 deutlich weniger Meldungen gab, werden berlinweit nur im Bezirk Mitte mehr Vorfälle erfasst.

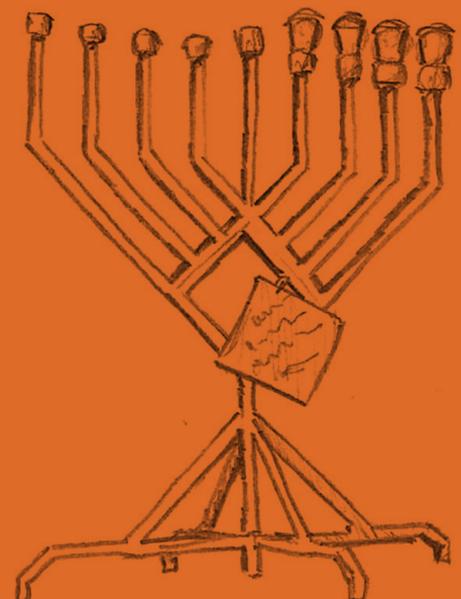
Im Vorjahresvergleich beobachtet das Lichtenberger Register eine deutliche Abnahme von Vorfällen (2021: 732). Noch 2021 gab es viel Propagandameldungen, in denen die Maßnahmen zur Einschränkung der Corona-Pandemie mit dem Nationalsozialismus verglichen wurden. Dieses Themenfeld ist deutlich zurückgegangen. Ebenso wurden rassistische Aufkleber, vor allem vom extrem rechten Onlineversand "Politaufkleber" sowie der NPD weniger gelehrt.

Das Lichtenberger Register verzeichnet mit 59 Meldungen gleichwohl einen neuen Höchststand an **Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien** (2021: 48). Mit 24 gemeldeten **strukturellen Benachteiligungen** blieben Meldungen dieser Vorfalart auf gleichem Niveau wie im vergangenen Jahr. Abgenommen haben wiederum mit 18 gemeldeten **Angriffen** Meldungen, die mit unmittelbarer körperlicher Gewalt zusammenhängen (2021: 27). In diesen drei Vorfalarten überwiegen deutlich rassistische Motive in Alltagssituationen im öffentlichen Raum. Aus diesem Anlass haben wir diesem Bericht eine Anleitung zu zivilcouragiertem Eingreifen beigefügt, denn Betroffene berichten immer wieder, wie wichtig es ist, dass Umstehende eingreifen und sich solidarisieren.

Der örtliche Schwerpunkt der Meldungen lag 2022 weiterhin in **Lichtenberg-Mitte**. In der sozialräumlichen Verteilung der Meldungen fiel auf: Während in allen Orts-



Mehrfache Schändung des Grabes einer trans Frau in Friedrichsfelde



Sachbeschädigung am Chanukka-Leuchter vor dem Rathaus im Dezember 2022

teilen die Propagandameldungen zurückgegangen sind, bildet einzig **Neu-Hohenschönhausen** mit steigenden Meldungen eine Ausnahme. Dort gerieten unter anderem Jugendfreizeiteinrichtungen ins Visier der extremen Rechten.

Mit Blick auf die organisierte extreme Rechte zeigte sich im letzten Jahr ein ähnliches Mobilisierungs- und Aktionsniveau wie im Vorjahr mit jeweils acht kleineren Veranstaltungen, dabei mehrere Informationsstände. Größere Mobilisierungen blieben aus. Nach wie vor ist "Der III. Weg" der wichtigste Akteur im Bezirk. Deswegen widmet sich ein Artikel in diesem Bericht dem Thema "Der III. Weg". Diese Neonazigruppierung produzierte unter anderem Propaganda zu aktuellen Themen wie Inflation und steigende Energiekosten.

Hier sieht man, dass die extreme Rechte im vergangenen Jahr wieder stärker Anschluss an aktuelle Debatten gesucht hat. Dies ließ sich insbesondere für die Themenbereiche Corona-Politik, Ukrainekrieg sowie Fragen stei-

gender Lebenshaltungskosten beobachten. Die Mobilisierungen aus dem Milieu der Corona-Skeptiker*innen und Querdenker*innen selbst haben im Verlauf des Jahres abgenommen, "selbstgebastelte" verschwörungsideologische Propaganda wurde deutlich weniger gemeldet.

Ein bedeutendes, gesellschaftspolitisches Ereignis 2022 war der Ausbruch des Kriegs in der Ukraine. Die extreme Rechte ist in Bezug auf den russischen Angriffskrieg auch weiterhin gespalten. So fanden sich in Lichtenberg einerseits pro-russische Großplakate des Compact-Magazins mit der Aufschrift "Frieden mit Russland" oder eine Hakenkreuzschmiererei mit dem Slogan "Krim gehört zu Russland". Andererseits wurde auch eine pro-ukrainische Fotoaktion von "Der III. Weg" bekannt, bei der Transparente mit der Aufschrift "support Azov" hochgehalten wurden. Dies bezieht sich auf das ukrainische Asow-Freiwilligenbattalion, das seit Jahren wegen extrem rechter Aktivitäten umstritten ist.

Das Berliner Register

Register sind Dokumentationen von rassistisch, antisemitisch, LGBTIQ*-feindlich*, antiziganistisch, extrem rechts, rechtspopulistisch und anderen diskriminierend motivierten Vorfällen, die sich in den Berliner Stadtbezirken ereignen. Diese Vorfälle werden von Bürger*innen direkt an die Registerstelle oder bei verschiedenen Anlaufstellen, die über die Bezirke verteilt sind, gemeldet und an die Koordinierungsstellen der Register weitergeleitet. Dort werden sie gesammelt, ausgewertet und veröffentlicht. Das erste Register wurde 2005 in Pankow eingerichtet, seit 2016 gibt es in allen Berliner Bezirken Register. Die Finanzierung der Registerstellen wird aus Mitteln der Bezirke und des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin“ der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung ermöglicht.

Ziel der Register ist aber nicht nur die Dokumentation und Analyse von extrem rechten Vorfällen, sondern auch das Sichtbarmachen von Diskriminierung im Alltag auf loka-

ler Ebene. Im Gegensatz zu bestehenden Statistiken beziehen Register daher nicht nur anzeigerelevante Vorfälle wie Sachbeschädigungen und Angriffe ein. Es werden auch niedrigschwellige Vorfälle aufgenommen, wie Aufkleber, Beleidigungen und Bedrohungen, die aus unterschiedlichen Gründen nicht zur Anzeige gebracht werden. Das Registrieren solcher Vorfälle in lokalen Anlaufstellen schafft für die Betroffenen einen Raum, in dem sie ihre Erlebnisse schildern können und mit ihren Problemen nicht allein dastehen.

Register haben Grenzen. Sie können in die Auswertung immer nur die Fälle einbeziehen, die ihnen und ihren Anlaufstellen oder der Opferberatungsstellen gemeldet werden oder die Polizei veröffentlicht. Wenn mehr Meldungen eingehen, kann das an einer sensibilisierten Melder*innenschaft liegen und kann nicht zwangsweise auf ein erhöhtes Aufkommen von Diskriminierung zurückgeführt werden. Insofern können Register nie ein vollständiges Bild zeichnen.

Gemeint sind Vorfälle, die sich gegen homo- und bisexuelle, trans- und intergeschlechtliche sowie queere Menschen richten. LGBTIQ steht für Lesbian-Gay-Bi-Trans-Inter-Queer und das Sternchen schließt weitere Geschlechter und Sexualitäten mit ein.

Web: www.berliner-register.de/lichtenberg
Mail: lb@berliner-register.de
Facebook: Lichtenberger Register
Twitter: @LichtenbergerR7
Tel.: 030 - 505 665 18
Mobil: 01520 - 442 57 46
Stand: 20. März 2023
Redaktion: Sabrina Apicella & Jana Adam
Gestaltung: Michael Mallé

Gefördert im Rahmen des Landesprogramms „Demokratie. Vielfalt. Respekt. In Berlin“ der Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung. In Trägerschaft der pad gGmbH.



V.i.S.d.P.: Andreas Wächter (pad gGmbH), Kastanienallee 55, 12627 Berlin

Motiv der Vorfälle:

Rassismus

Mit 160 Vorfällen hatte ein Drittel aller Vorfallmeldungen rassistische Motive (2021: 193). Die Hälfte dieser Meldungen bezog sich auf geklebte, gesprühte oder geschmierte Propaganda. Das Motiv Rassismus zieht sich seit Jahren, wie kein anderes, durch alle Vorfallarten. Es ist bei den Angriffen, Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien sowie bei strukturellen Benachteiligungen das häufigste Motiv.

Grund für den Rückgang der rassistischen Vorfälle im Vergleich zum Vorjahr waren deutlich weniger Propagandameldungen (2022: 84, 2021: 123). Hierbei fällt eine Kontinuität von gegen Geflüchtete gerichtete Propaganda auf. Während gemeldete rassistische Angriffe nur leicht zurückgegangen sind (2022: 13, 2021: 17), sind rassistisch motivierte Beleidigungen und Bedrohungen mit 37 Meldungen deutlich angestiegen (2021: 26). Somit gehen knapp zwei Drittel aller Angriffe und über die Hälfte aller gemeldeten Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien auf rassistische Motive zurück.

Die Register erfassen verschiedene Formen von Rassismus. Auf antiziganistische Motive entfielen 27 Meldungen, von denen viele im Bereich der strukturellen Diskriminierung lagen. Antimuslimischer Rassismus

konzentrierte sich mit 21 Meldungen besonders in Neu-Hohenschönhausen in Form von Propagandameldungen. Hier verteilte ein extrem rechter Funktionär mehrfach entsprechende Flugblätter. Auf anti-Schwarzen Rassismus entfielen 14 Meldungen. Hierunter sind mit sechs Angriffen sowie sechs Beleidigungen und Bedrohungen besonders aggressive Vorfälle zu verzeichnen: Ein Schwarzes Kind wurde von einem älteren Jungen in Hohenschönhausen bedrängt und schließlich brutal in Richtung des Busausgangs geschubst.

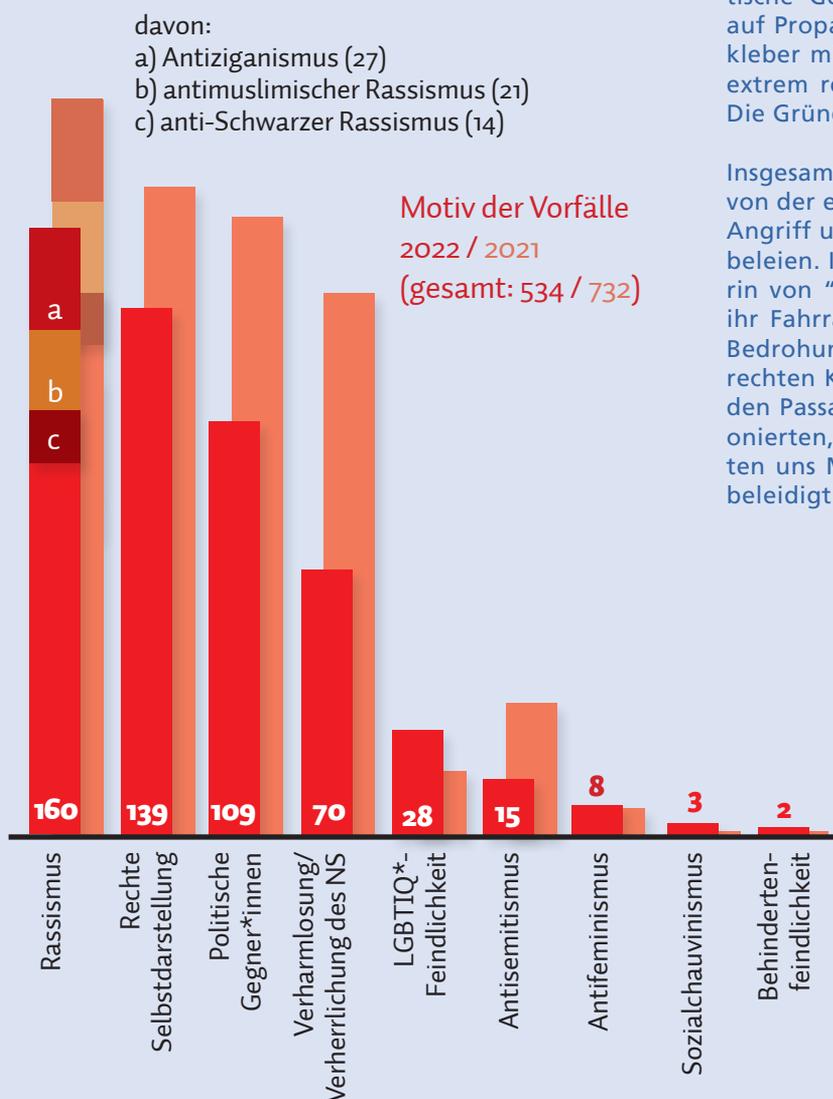
Rechte Selbstdarstellung

Mit 139 Vorfällen war die rechte Selbstdarstellung unter den Meldungen das zweithäufigste Motiv in Lichtenberg. Fast ausschließlich wurde hierbei Propaganda gemeldet, zum Beispiel Sticker der organisierten extremen Rechten, die bezirksweit verklebt wurden. Die Meldungen lassen sich auf insbesondere drei Gruppierungen zurückführen: „Der III. Weg“ (2022: 64, 2021: 89), NPD (2022: 24, 2021: 62) und „Identitäre Bewegung“ (2022: 13, 2021: 25). Motive wie der Aufkleber „Familie, Arbeit, Tradition“ oder „Deutsche Jugend voran“ machen unübersehbar Werbung für neonazistische Inhalte.

Politische Gegner*innen

Ein Fünftel aller Meldungen lassen sich dem Vorfallmotiv „Politische Gegner*innen“ zuordnen. Ein Rückgang der Meldungen (2022: 109, 2021: 165) lässt sich unter anderem damit erklären, dass 2022 kein Wahlkampf stattfand. Die meisten Vorfälle, die dem Motiv „Politische Gegner*innen“ zugeordnet wurden, entfielen auf Propagandameldungen. Beispiele hierfür sind Aufkleber mit der Aufschrift „Anti Antifa. Nazikiez“ oder extrem rechte Aufkleber gegen die Partei Bündnis90/Die Grünen.

Insgesamt wurden sechs Mal politische Gegner*innen von der extremen Rechten bedroht. Dabei gab es einen Angriff und fünf Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien. In Alt-Hohenschönhausen wurde eine Politikerin von „Die Linke“ angegriffen. Der Täter bespuckte ihr Fahrrad und beleidigte sie. Ebenfalls fanden zwei Bedrohungen im Rahmen von Infoständen der extrem rechten Kleinstpartei „Der III. Weg“ statt. Hierbei wurden Passant*innen, die sich gegen die Neonazis positionierten, verfolgt und bedroht. Immer wieder berichteten uns Melder*innen, dass sie sexistisch bedroht und beleidigt wurden.



Exkurs

Kinder und Jugendliche als Betroffene von Diskriminierung

Kinder und Jugendliche wurden im vergangenen Jahr besonders häufig als Betroffenenengruppe durch Meldungen beim Register und Beratungsstellen sichtbar. Insgesamt wurden 25 Vorfälle gemeldet, bei denen Kinder (0-13 Jahre) oder Jugendliche (14-18 Jahre) diskriminiert wurden. Somit sind bei jeder fünften (massiven) Bedrohung Kinder und Jugendliche betroffen. Diese Angriffe, Beleidigungen und Bedrohungen sind überwiegend rassistisch motiviert. Auch strukturelle Diskriminierung, wie bei der Schulplatzvergabe, betreffen Kinder und Jugendliche. So wurden uns neun Vorfälle gemeldet, bei denen Kinder strukturell benachteiligt wurden, ein weiteres Mal war ein Jugendlicher betroffen.

Mit 21 Meldungen waren überwiegend Kinder von rassistischer Diskriminierung betroffen. Siebenmal wurden sie körperlich angegriffen, weitere fünf Male wurden Kinder beleidigt oder bedroht. Ein 5-jähriges Mädchen wurde von einem Nachbarn aus seinem Fenster heraus auf Grund von anti-Schwarzem Rassismus mit Wasser begossen, um sie am Spielen zu hindern.

Jugendliche wurden dreimal mit einem rassistischen Motiv bedroht. Ein Jugendlicher mit Fluchterfahrung wurde auf einem Spielplatz so massiv durch andere Jugendliche rassistisch bedroht, dass er sich Unterstützung und Schutz in einem Jugendclub suchen musste.

Auffällig ist in diesem Kontext auch, wie die extreme Rechte nach wie vor Themen zu Kindheit und Kinderrechten instrumentalisiert. Der Schutz von Kindern, Frauen und Familie ist im völkischen Weltbild ein zentrales Element und wesentlicher Teil der Konstruktion extrem rechter Männlichkeit. In der gemeldeten Propaganda tauchten im vergangenen Jahr die Themen sexualisierter Gewalt gegen Kinder (Schlagwort "Kinderschänder"), außerdem Kinder als vermeintliche Todesopfer von der Impfung zum Schutz vor schweren Erkrankungen an Covid 19 auf. Mehrmals waren Kinderspielplätze Orte, an denen extrem rechte Propaganda angebracht wurde.

Die Vorfälle werden häufig stark anonymisiert gemeldet, Informationen zum Schutz von Betroffenen stark verallgemeinert. Solche Vorfälle werden besonders dank der guten Zusammenarbeit der Berliner Register mit den Beratungsstellen Amaro Foro, ReachOut, Network African Rural and Urban Development (Narud) e.V. sowie den Jugendfreizeiteinrichtungen sichtbar.



Neonazi-Aufkleber in den Reichsfarben schwarz-weiß-rot, © privat

Verharmlosung und Verherrlichung des Nationalsozialismus

Meldungen zu Motiven, die den Nationalsozialismus verharmlosen oder verherrlichen, haben sich im Vergleich zum Vorjahr mehr als halbiert (2022: 70, 2021: 148). Im vergangenen Jahr wurde deutlich weniger Propaganda gemeldet, die die Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung mit dem Nationalsozialismus verglichen. Weiterhin gemeldet wurden die Aufkleber "faschistische Covid-Aktion", der Schriftzug "Impfen macht frei" oder das Graffiti „2G=Faschismus“. Insgesamt zehn Mal wurden "Sieg-Heil"-Rufe, "Heil-Hitler"-Rufe oder das Zeigen eines Hitlergrußes gemeldet, meistens abends und im Umfeld verschiedener Kneipen und Bars im Weitlingkiez.

LGBTIQ*-Feindlichkeit

LGBTIQ*-feindliche Motive wurden 28-mal gemeldet und sind somit im Vergleich zum Vorjahr deutlich angestiegen (2021: 17). Mit vier Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien (2021: 2) sowie zwei Angriffen (2021: 1) hat auch die Anzahl der direkten Gewalt zugenommen. Insgesamt wurden uns fünf Vorfälle gemeldet, die einen transfeindlichen Bezug hatten. Gleich zweimal wurden trans Frauen in Lichtenberg angegriffen oder bedroht.

In Neu-Hohenschönhausen pöbelte eine Gruppe Jugendliche gegen eine trans Frau und beleidigte diese. Das Grab der iranischen trans Frau Ella Nik Bayan auf dem Zentralfriedhof Friedrichsfelde wurde mehrfach geschändet. Zuletzt mit Gegenständen, die ihre Person verschmähen und die Totenruhe stören. Der besondere Anstieg von transfeindlicher Gewalt zeigte sich auch im berlinweiten Vergleich.

Antisemitismus

Vorfälle mit antisemitischer Motivation wurde im Jahr 2022 15-mal gemeldet und sind im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen (2021: 35). Dies hat insbesondere mit dem Rückgang von antisemitischen Verschwörungserzählungen zu tun. Im vergangenen Jahr wurden dem Lichtenberger Register mit einem antisemitischen Angriff (2021: 3) sowie mit einer Bedrohung (2021: 4) tendenziell weniger Vorfälle gemeldet.

Am Rande einer Stolpersteinverlegung wurde eine Person von einem Passanten bedroht und körperlich angegriffen. Hierbei rief der Angreifer "Free Palestine". Ende Dezember äußerte sich eine Person in der Kneipe „Morgen wird besser“ lautstark antisemitisch. In dieser Kneipe wurden in der Vergangenheit mehrfach antisemitische Äußerungen und Bedrohungen gegen den Besitzer und das Personal erfasst.

Antifeminismus

Im Jahr 2022 wurden acht Meldungen mit antifeministischen Motiven aufgenommen. Neben einer antifeministischen Online-Veranstaltung der AfD wurde ausschließlich Propaganda gemeldet. Im Rahmen der Mobilisierung für die jährlich stattfindende Demonstration „Marsch für das Leben“ hat das Register Lichtenberg mehrere Sticker aufgenommen, die sich gegen das Recht auf Schwangerschaftsabbrüche positionierten.

Feindschaft gegen obdachlose Menschen/Sozialchauvinismus

Im vergangenen Jahr wurden drei sozialchauvinistische Vorfälle erfasst. Im März wurde ein obdachloser Mann beleidigt. Zwei Frauen, die sich in das Geschehen einmischten, wurden vom Täter mit einer brennenden Zigarette beworfen. Sozialchauvinismus ist immer wieder Teil von Mehrfachdiskriminierungen. In einem Supermarkt äußerte sich eine Person rassistisch gegenüber Sozialhilfeempfänger*innen.

Behindertenfeindlichkeit/Ableismus

Die Anzahl von behindertenfeindlichen Motiven ist weiterhin gering. Es wurde eine strukturelle Benachteiligung gemeldet, bei der ein Mann bei einer Behörde und seiner Einrichtung ableistisch und rassistisch diskriminiert wurde. Aus den Gesprächen mit Betroffenen von behindertenfeindlichen Diskriminierungen wissen wir, dass uns viele Vorfälle nicht erreichen. Wir gehen an dieser Stelle von einer Untererfassung von behindertenfeindlichen Vorfällen aus.

Bedrohungen, Beleidigungen und Angriffe - Wie wir helfen können

Immer wieder werden Menschen in der Öffentlichkeit beleidigt, bedroht und angegriffen. Jede*r von uns kann helfen. Die folgenden Punkte zeigen, wie es geht:

1. Bleiben Sie ruhig! Konzentrieren Sie sich darauf, das zu tun, was Sie sich vorgenommen haben. Lassen Sie sich nicht ablenken von Gefühlen wie Angst oder Ärger.

2. Handeln Sie sofort! Reagieren Sie immer und sofort, warten Sie nicht, bis eine andere Person hilft. Schreien Sie laut "Stopp". Das geht auch wenn die Stimme versagt oder Sie nicht wissen, was sie sagen wollen.

3. Halten Sie zu der betroffenen Person. Nehmen Sie Blickkontakt zu der angegriffenen Person auf. Das vermindert die Angst. Sprechen Sie die betroffene Person direkt an: "Ich helfe Ihnen". Fragen sie die Person, wie es ihr geht und was sie sich wünscht.

4. Holen Sie Hilfe! In der S+U-Bahn ist es möglich die Notbremse zu ziehen oder Tram-/Busfahrer*innen zu informieren. Rufen Sie gegebenenfalls die Polizei (110) oder einen Rettungsdienst (112) mit Ihrem Handy an.

5. Erzeugen Sie Aufmerksamkeit! Sprechen Sie Umstehende persönlich an. Ziehen Sie umstehende Personen in die Verantwortung: "Sie in der gelben Jacke, können Sie mir bitte helfen?" Sprechen Sie laut. Die Stimme gibt Selbstvertrauen und ermutigt andere zum Einschreiten.

6. Provozieren sie die Täter*innen nicht! Fassen Sie die Täter*innen nicht an, es kann dann schnell zu Aggressionen kommen. Duzen Sie die Täter*innen nicht, damit andere nicht denken, dass Sie einander kennen.

7. Wenn die Polizei gerufen wurde: Beobachten Sie genau und merken Sie sich Gesichter, Kleidung und Fluchtwege der Täter*innen.

Was tun, wenn die Gefahrensituation vorbei ist?

8. Helfen Sie der betroffenen Person. Bedenken Sie, dass ein Schock vorliegen kann. Leisten Sie bei Körperverletzungen medizinische Hilfe oder rufen sie welche.

9. Besprechen Sie mit der betroffenen Person das weitere Vorgehen. Der Wunsch der Betroffenen hat immer Vorrang. Beachten Sie, dass nicht alle Menschen eine Anzeige stellen wollen oder mit der Polizei in Kontakt treten möchten.

10. Benachrichtigen Sie das Register Lichtenberg. Wir dokumentieren Vorfälle und verweisen auf weitere Hilfs- und Beratungsangebote.

Art der Vorfälle:

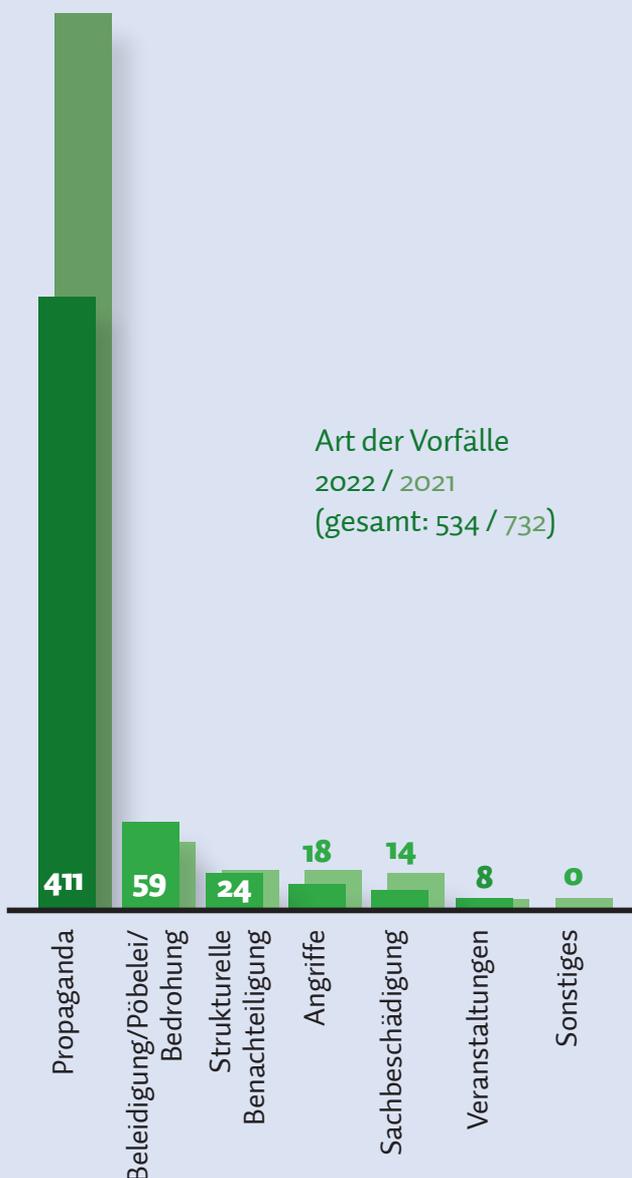
Propaganda

Mit 411 Meldungen entfallen knapp 80% der Vorfälle auf Propagandameldungen. Dabei dient Propaganda vorrangig zur rechten Selbstdarstellung (133), richtet sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten (101) oder weist rassistische Motive (84) auf. Der Rückgang der Propagandameldungen (2021: 595) ist vor allem in Lichtenberg-Nord und -Mitte zu verzeichnen. In Relation zu 2021 gab es weniger Meldungen zu rassistischen Motiven und Propagandavorfällen, die den Nationalsozialismus verharmlosen oder verherrlichen. Auffällig war auch, dass weniger rassistische Aufkleber des Versandhandels "Politaufkleber" gemeldet wurden. Das lässt sich auch darauf zurückführen, dass es mehrere Verfahren wegen als diskriminierend aufgefassten Motiven des extrem rechten Versands gegeben hat sowie Hausdurchsuchungen. In der Folge wurde die Versandwebseite offline genommen, was den niedrigschwelligen Zugang zu diesen Stickers erschwerte.

Mit dem weiteren Rückgang der Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung wurden auch weniger Vorfälle im Kontext zu verschwörungsideologischen Inhalten als Querschnittsthema der (extremen) Rechten gemeldet. Geschmierte, gesprühte oder gemalte Hakenkreuze sind mit 34 Meldungen in Lichtenberg keine Seltenheit.



Extrem rechter Aufkleber mit rassistischem Motiv © privat



Bedrohungen/Beleidigungen/Pöbeleien

Das Lichtenberger Register verzeichnet mit 59 Meldungen einen neuen Höchststand an Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien. In den allermeisten Fällen melden sich die Betroffenen direkt und werden dann gegebenenfalls an entsprechende Beratungsprojekte weitervermittelt. Mit 37 Vorfalle Meldungen geht der überwiegende Anteil auf rassistische Tatmotive zurück. Die meisten Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien finden in Alltagssituationen, in Supermärkten, auf der Straße oder in öffentlichen Verkehrsmitteln statt. Kinder und Jugendliche sind regelmäßig betroffen. In seltenen Fällen gibt es Hinweise darauf, dass die Täter*innen der organisierten extremen Rechten zuzuordnen sind. Diese alltäglichen Bedrohungen und Beleidigungen sind somit ein Zeichen für die Verbreitung von Rassismus und diskriminierender Gewalt in der gesamten Gesellschaft.

Angriffe

Mit zwei Drittel der 18 Meldungen geht die überwiegende Anzahl von Angriffen auf rassistische Tatmotive zurück (2022: 13, 2021: 17) zurück. Eine schwangere Frau wurde in Begleitung ihrer Kinder beim Einkaufen in einem Supermarkt von einem Unbekannten rassistisch beleidigt und bespuckt. An der U-Bahnstation Magdalenenstraße wurde eine Person anti-Schwarz rassistisch beleidigt und bedroht. Die Angreiferin wurde handgreiflich und warf eine Glasflasche nach dem Betroffenen. Der Betroffene wurde bis nach Hause von der Täterin verfolgt. Zwei Angriffe waren LGBTQ*-feindlich motiviert. In Friedrichsfelde-Ost wurde eine Friseurin durch einen Jugendlichen mit einem Steinwurf an ihrem Arbeitsplatz transfeindlich angegriffen. Weiter verzeichnet das Lichtenberger Register einen antisemitischen und einen sozialchauvinistischen Angriff. Wie bereits im vergangenen Jahr, fließen Meldungen der Polizei nur noch im geringen Maße in unsere Statistik ein, was eine Untererfassung von Gewalttaten nahelegt. Der Rückgang von Gewalttaten zeigt sich auch in einem berlinweiten Vergleich.

Sachbeschädigung

Mit 14 Meldungen ist die Anzahl der zielgerichteten Zerstörung oder Beschädigungen von Gegenständen im Vergleich zum Vorjahr deutlich zurückgegangen (2021: 25). Hier entfielen einige Meldungen auf den Wahlkampf und richteten sich gegen politische Gegner*innen der extremen Rechten. Der größte Anteil von Sachbeschädigungen wies LGBTIQ*-feindliche Motive auf. Auf eine Fensterscheibe, hinter der eine Regenbogenfahne aufgehängt war, wurde beispielsweise von außen mit einem Permanentmarker „fuck ltbq“ geschmiert.

Strukturelle Diskriminierung

Die Anzahl der gemeldeten strukturellen Diskriminierung ist mit 24 Meldung auf ähnlichem Niveau wie im Vorjahr (2021: 23). Das häufigste Motiv der strukturellen Benachteiligungen ist dabei Rassismus: 22-mal wurde dies dokumentiert, wobei davon 19 ein antiziganistisches Motiv hatten. Dabei fanden die Benachteiligungen auffällig oft im Jobcenter Lichtenberg (9) oder im Schulkontext (6) statt. Darüber hinaus wurden ein behindertenfeindlicher Vorfall und ein LGBTIQ*-feindlicher Vorfall aufgenommen. Einem Mann sollten Leistungen vom Jobcenter verwehrt werden, da diesem wegen einer Regenbogenfahne am Balkon ein Verhältnis mit seinem Mitbewohner unterstellt wurde.

Wir gehen von einem hohen Dunkelfeld diskriminierender struktureller Benachteiligung aus. Bisher werden Diskriminierungsfälle über einige Antidiskriminierungsberatungsstellen anonymisiert an die Re-

gisterstellen weitergeleitet. Nur wer massive Probleme hat, lässt sich beraten: Menschen gehen in eine Beratungsstelle, wenn sie dringend Hilfe benötigen, weil die Diskriminierung schwerwiegende Konsequenzen hat wie Arbeitsplatzverlust, Kündigung der Wohnung, Verweigerung von Sozial-, Bildungs- oder Gesundheitsleistungen. Hier sehen wir einen Handlungsbedarf bezirklicher Einrichtungen, sich etwa durch Schulungen fortzubilden, Personal zu sensibilisieren und sich im Austausch mit Beratungsstellen für Betroffene stärker einzusetzen.

Veranstaltungen

Die Anzahl der gemeldeten Veranstaltungen ist mit acht Meldungen auf Vorjahresniveau. Alleine viermal wurden Infostände der extrem rechten Kleinstpartei „Der III. Weg“ registriert, ein weiteres Mal trat „Der III. Weg“ mit einer propagandistischen Fotoaktion in Erscheinung. Weiter wurden antisemitische Parolen bei einer Demonstration gerufen sowie eine antifeministische Onlineveranstaltung der AfD abgehalten. In den Redebeiträgen wurden mehrfach antifeministische Positionen vertreten, zum Beispiel gegen die Gleichberechtigung von Frauen, gegen die Existenz von mehr als zwei Geschlechtern oder gegen Quotenregelungen. Am Tierpark sammelte ein Mann Unterschriften der „Bürgerrechtsbewegung Solidarität“. Die BÜSo ist eine Politsekte, die teilweise antisemitische und extrem rechte Einstellungen vertritt.

Exkurs Der III. Weg

Die neonazistische Organisation „Der III. Weg“ war 2022 in ganz Berlin aktiv. Sie fungiert als Sammelbecken langjährig aktiver Neonazis. Obwohl sie sich eine Parteistruktur gegeben hat, liegt ihr Schwerpunkt nicht auf Parteiarbeit. Vielmehr geht es der Gruppe um den „Kampf um die Straßen“ und den Aufbau einer völkisch-nationalistischen „Elite“. Zahlreiche Aktionen und Propagandameldungen trafen im letzten Jahr besonders häufig auf den Bezirken Marzahn-Hellersdorf, Treptow-Köpenick und Pankow ein.

Auch in Lichtenberg lag ein lokaler Schwerpunkt der Aktionen von „Der III. Weg“ in Berlin.

2022 wurden in Lichtenberg mehrere Infostände gemeldet, bei denen die Organisation Propagandamaterial verteilte und in deren Umfeld auch Menschen bedroht wurden. Das Lichtenberger Register nahm insgesamt 64 Meldungen auf, die auf „Der III. Weg“ zurückzuführen waren. Keine andere extrem rechte Gruppierung ist aktuell vergleichbar aktiv. Auch trat „Der III. Weg“ mit Flyeraktionen im gesamten Bezirk auf. Hier wurden beispielsweise Flugblätter mit dem Titel „Linksterrorismus stoppen“ oder „Gerechtigkeit für alle Deutschen“ in die Briefkästen von Anwohner*innen gesteckt. Inhaltlich präsentiert sich dabei ein breites Themenfeld, von rassistischer Hetze gegen eine heraufbeschworene

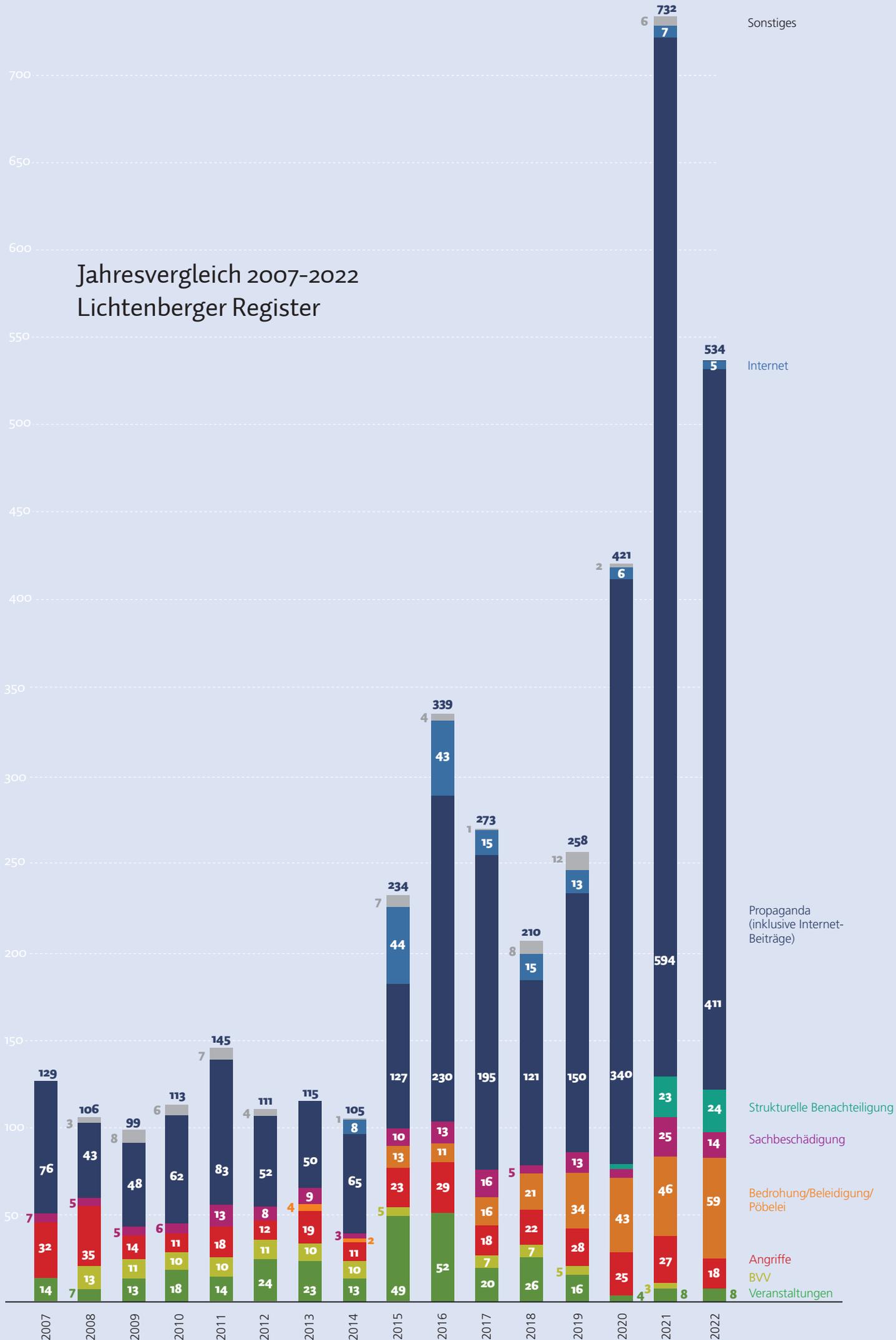
„Asylflut“, über LGBTIQ*-feindliche Sticker gegen „Homopropaganda“ bis hin zu antisemitischen, israelfeindlichen Stickern.

„Der III. Weg“ nutzt seinen Parteienstatus, um die Möglichkeit von Daueranmeldungen für Infostände im Stadtgebiet nutzen zu können. Diese fanden im vergangenen Jahr an den Standorten: Prerower Platz (vor dem Linden Center), an der Tramhaltestelle Alt-Hohenschönhausen (vor dem Storchenhof), an den S-Bahn-Stationen Storkower Straße und Friedrichsfelde Ost sowie am U-Bhf. Tierpark und Weitlingstraße (Ecke Sophienstraße) statt.

Das Register Treptow-Köpenick hat einen ausführlichen Bericht über „Der III. Weg“ verfasst, den wir zur Lektüre empfehlen.



Jahresvergleich 2007-2022 Lichtenberger Register



Ort der Vorfälle:

Obwohl in **Lichtenberg-Mitte** der größte Rückgang von Vorfalle Meldungen zu verzeichnen ist, wurden hier weiterhin die meisten Vorfälle im Bezirk gemeldet (2022: 161, 2021: 305). Der Bahnhof Lichtenberg und der umliegende Weitlingkiez sind zentrale Orte in Lichtenberg mit Infrastruktur von Kneipen, Supermärkten und öffentlichen Verkehrsmitteln, die Menschen täglich nutzen. Hier halten sich viele Menschen auf, hier wird viel gemeldet. In einem Supermarkt in der Sewanstraße zum Beispiel beleidigten zwei Männer eine Frau rassistisch während des Einkaufs. Als diese den Supermarkt verließ, folgten sie ihr noch mehrere Minuten lang auf dem Weg nach Hause.

Aus **Lichtenberg-Nord** wurden mit 135 Vorfällen ebenfalls zahlreiche Vorfälle gemeldet (2021: 197). Neben den Propagandameldungen schlugen hier insbesondere 14 Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien ins Gewicht. Auch die Anzahl der Sachbeschädigungen war hier besonders hoch: So wurden jeweils vor dem Lichtenberger Rathaus etwa die Chanukka-Leuchter beschädigt und die Regenbogenbank beschmiert.

In **Neu-Hohenschönhausen** wurden 112 Vorfälle erfasst (2021: 87). Das ist insofern bemerkenswert, als dass im Gegensatz zu sinkenden Vorfallezahlen in den übrigen Ortsteilen hier ein deutlicher Anstieg von Meldungen zu verzeichnen ist. Insbesondere fiel Propaganda von Neonaziversänden im Umfeld der Ribnitzer Straße auf. 20-mal erreichte das Register Meldungen von Jugendfreizeiteinrichtungen, die sich sichtbar gegen Rassismus engagieren. Hier wurde extrem rechte Propaganda in den Briefkasten geworfen sowie mehrere Mülltonnen der Jugendfreizeiteinrichtung angezündet und mit einem extrem rechten Bekenner*innenschreiben versehen. Eine Einrichtung hat daraufhin zusammen mit dem Lichtenberger Register und der Fachstelle für Kinder- und Jugendpartizipation einen Workshop organisiert, wie Jugendliche Neonazi-Propaganda erkennen und entfernen können.

Aus **Alt-Hohenschönhausen** wurden 72 Meldungen bekannt (2021: 75). Auffällig waren hier mehrere Meldungen von rassistischen Bedrohungen und Beleidigungen. So wurde eine syrische Familie bei einem Polizeieinsatz durch die Beamten rassistisch beleidigt, was auch medial aufgegriffen wurde.

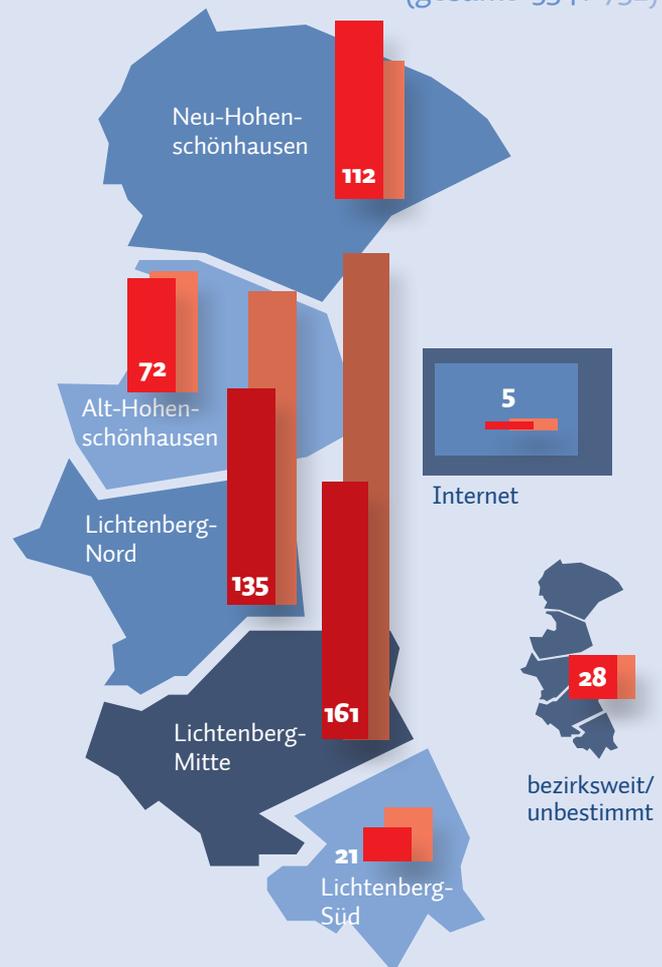
In **Lichtenberg-Süd** wurden 21 Vorfälle gemeldet (2021: 35). Hier wurde eine bezirkliche Informationsveranstaltung zur Eröffnung einer Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete gestört. Weiter drohte eine Teilnehmerin der Corona-Spaziergänge gegenüber Personen bei einer antifaschistischen Gegenkundgebung körperliche Gewalt an.

Mit 28 Meldungen sind die **bezirksweiten Vorfälle** auf dem Niveau vom Vorjahr geblieben (2021:26). Vorfälle werden dann ohne nähere Ortsangaben in die Chronik aufgenommen, wenn dies dem Schutz und der Anony-

Ort der Vorfälle

2022 / 2021

(gesamt: 534 / 732)



misierung der Betroffenen dient. Hierbei handelte es sich vorwiegend um Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien sowie strukturellen Benachteiligungen.

Im **Internet** wurden fünf Vorfälle dokumentiert (2021: 7). In einer Facebookgruppe wurde sich herabwürdigend gegen psychisch kranke und einkommensschwache Personen geäußert und ihnen Kriminalität unterstellt. Wie schon in den Vorjahren meldeten sich Personen mit rassistischen und extrem rechten Kommentaren in Reaktion auf das Programm im Rahmen der internationalen Wochen gegen Rassismus im März.

Jahresüberblick der rassistischen Angriffe und Bedrohungen, Beleidigungen und Pöbeleien in 2022

16. Februar Rassistische Beleidigung im Linden-Center	15. Juni Pöbeleien und Beleidigungen in Weitingkiez-Bar	6. September Antimuslimische und sozialchauvinistische Beleidigung im Supermarkt
25. Februar Rassistischer Angriff gegen schwangere Frau mit Kindern	16. Juni Rassistischer Begriff in BVV-Debatte	7. September Kinder und Jugendliche mit Fluchterfahrung rassistisch beleidigt
1. März Antiziganistische Äußerungen im Bezirk Lichtenberg	17. Juni Antischwarz-rassistischer Angriff auf Mädchen	9. September Rassistische Beleidigung und Bedrohung durch die Polizei
1. März Rassistischer Angriff in einer Schule	17. Juni Rassistischer Angriff in Lichtenberg	14. September Rassistische Beleidigung in der VHS Lichtenberg
10. März Rassistischer Angriff am Prerower Platz	25. Juni Rassistische Beleidigung in Seminar	27. September Rassistische Pöbeleie im Bus
24. März Kommentar gegen „Woche gegen Rassismus“ in Sozialen Medien	9. Juli Anti-Schwarz-rassistischer Angriff gegen Familie	27. September Antiasiatisch-rassistische Bedrohung und Beleidigung im Supermarkt
26. März Anti-Schwarz-rassistische Bedrohung in Karlshorst	21. Juli Antimuslimisch-rassistische Beleidigung in Supermarkt	30. September Rassistische Beleidigung in Lichtenberg-Mitte
7. April Rassistische Gewalt in Schule	22. Juli Bedrohung wegen Eröffnung einer neuen Gemeinschaftsunterkunft in Karlshorst	9. Oktober Rassistische Beleidigung in der U5
8. April Anti-Schwarz-rassistische Beleidigung in Schule	5. August Rassistische und homofeindliche Bedrohung am S-Bhf. Lichtenberg	1. November Antiziganistischer Angriff auf Kind in Lichtenberger Schule
24. April Rassistischer Angriff im Fennpfuhl	8. August Rassistische Beleidigung gegen Kinder in Alt-Hohenschönhausen	1. November Antiziganistischer Vorfall in Lichtenberger Schule
10. Mai Pöbeleie in einem Supermarkt am Bahnhof Lichtenberg	14. August Anti-Schwarz-rassistische Beleidigung am U-Bhf. Friedrichsfelde	5. November Rassistische Pöbeleie im Sewanviertel
16. Mai Antiziganistische Parolen in Video auf Social Media	14. August Anti-Schwarz-rassistische Pöbeleie am U-Bhf. Friedrichsfelde	19. November Rassistische Beleidigung im Supermarkt
16. Mai Antimuslimisch-rassistische Positionen in der BVV	24. August Anti-Schwarz-rassistischer Angriff im Bus Richtung Wartenberg	20. November Anti-Schwarz-rassistischer Angriff am U-Bahnhof Magdalenenstraße
17. Mai Antiasiatisch-rassistische Wegbeschreibung in Lichtenberg-Nord	1. September Rassistische Pöbeleie im Bus	1. Dezember Antiziganistische Äußerungen in Lichtenberg-Nord
1. Juni Antiziganistischer Vorfall in Lichtenberger Schule	1. September Rassistische Beleidigung und Bedrohung auf dem Spielplatz	2. Dezember Hitlergruß sowie rassistische Beleidigung in der U5
1. Juni Antiziganistischer Vorfall in Gemeinschaftsunterkunft	2. September Rassistische Beleidigung und Pöbeleie in Friedrichsfelde	23. Dezember Sozialchauvinistische und antislawische Pöbeleie im Supermarkt
1. Juni Antiziganistischer Angriff auf Kind in Schule	6. September Anti-Schwarz-rassistischer Angriff auf Kleinkind	

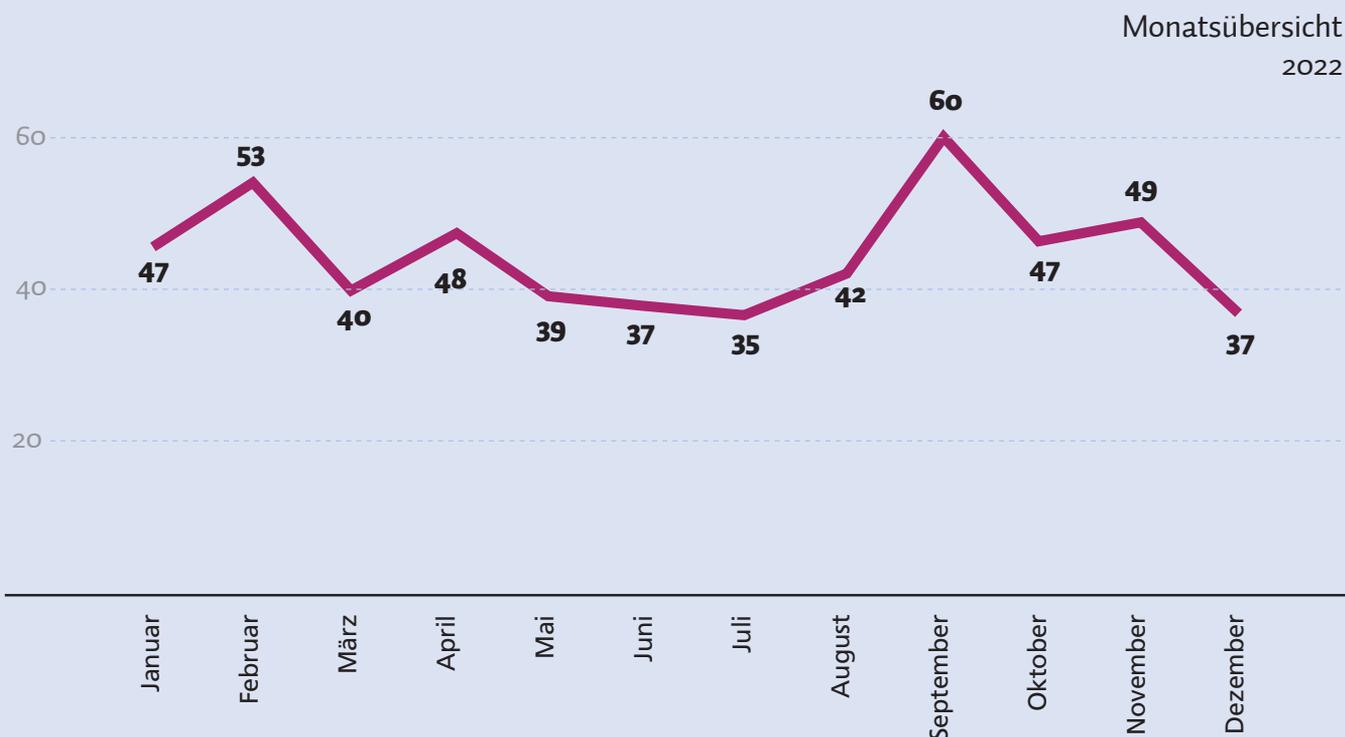
Exkurs Sozialchauvinismus

Sozialchauvinismus meint die Stereotypisierung und Abwertung von Menschen aufgrund einer (vermeintlich) sozial-ökonomisch schwächeren Position. Diese Feindschaft richtet sich gegen Wohnungslose, arme Menschen oder Transferleistungsbezieher*innen. Obdachlose Menschen werden häufig Opfer von Gewalt. Täter*innen wännen sich dabei in Sicherheit, dass die Betroffenen nicht zur Polizei gehen würden. Bei Gewalt und Feindschaft gegenüber wohnungslosen Menschen kann von einem großen Dunkelfeld ausgegangen werden. Sozialchauvinismus ist nicht nur Teil eines extrem rechten Gedankenguts, das sich aus einer historischen Tradition speist und sich in Gewalt äußert.

Die Abwertung und Stigmatisierung aufgrund von einer vermeintlich sozial schwächeren Position lässt sich auch in Alltagssituationen wiederfinden. Für die Arbeit des Registers ist es deswegen unerlässlich, dass Menschen, die sich im Bezirk bewegen, aufmerksam sind für sozialchauvinistische Vorfälle. Hierfür braucht es Bewusstsein und eine Sensibilisierung für dieses Thema.

Monatsübersicht:

Die Monatskurve gleicht sich den Jahren vor der Pandemie wieder an. Das Register hat keine einschneidenden Entwicklungen der extremen Rechten als Reaktion auf aktuelle Debatten beobachten können. Es fanden keine größeren Mobilisierungen der organisierten extremen Rechten statt.



Lichtenberger Register

Hier hast du was zu melden!

Das Register funktioniert nur, wenn es Menschen im Bezirk gibt, die Beobachtungen machen und diese dem Register mitteilen. Dazu können Sie direkt eine Mail an lb@berliner-register.org schicken.

Wenn Sie als Jugendklub, Nachbarschaftszentrum oder Verein eine Anlaufstelle werden wollen, dann nehmen Sie Kontakt auf. Sie bekommen dann ein Anlaufstellen-Plakat und Informationsmaterialien zugesandt. Bei Bedarf führen wir Schulungen für Anlaufstellen durch.



Fazit

Für das Jahr 2022 können wir festhalten, dass sich Lichtenberg in einen berlinweiten Trend der Abnahme von Propaganda- und Angriffsmeldungen einreicht. Der Rückgang lässt sich darauf zurückführen, dass kein Wahlkampf stattfand und Propaganda mit Corona-Bezügen sowie rassistischen Inhalten nachgelassen hat.

Mit 30% aller Meldungen machten rassistische Motive weiterhin den größten Anteil an gemeldeten Vorfällen aus. Sie zeigen sich besonders deutlich als überwiegendes Motiv bei Angriffen, Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien sowie bei den strukturellen Benachteiligungen. Alarmierend ist die gestiegene Anzahl erfasster Beleidigungen, Bedrohungen und Pöbeleien. Diese sind überwiegend rassistisch motiviert und betreffen bei jeder fünften Meldung Kinder oder Jugendliche. Weiter beobachtete das Lichtenberger Register einen Anstieg von LGBTQ*-feindlicher Gewalt, die sich überdurchschnittlich oft gegen trans Personen richtete. Die weit verbreitete LGBTQ*-Feindlichkeit, auch in gesellschaftspolitischen Debatten, in Parlamenten, Gremien oder Feuilletons, schlägt sich hier in den gestiegenen Fallmeldungen nieder.

Die organisierte extreme Rechte blieb wie in den Vorjahren mit Propaganda, Infotischen und anderen kleinen Aktionen auf niedrigem Niveau in Lichtenberg und Hohenschönhausen sichtbar. Größere Kampagnen oder Mobilisierungen blieben aus. Weiterhin etabliert sich "Der III. Weg" als ein zentraler Akteur der organisierten Rechten in Lichtenberg. Andere Zusammenhänge wie die NPD oder die "Identitären" tauchten kaum noch auf.

An dieser Stelle möchten wir uns bei den vielen aktiven Melder*innen in Lichtenberg bedanken, die aufmerksam sind, Propaganda entfernen und sich bei Bedrohungen und Pöbeleien positionieren oder uns ihre Erfahrungen schildern. Mit jeder Meldung an das Lichtenberger Register hilft ihr mit, Diskriminierung und Entwicklungen der extremen Rechten sichtbar zu machen.

Ebenfalls sei an dieser Stelle den Beratungs- und Anlaufstellen gedankt, die mit ihrer Arbeit einen wichtigen Beitrag für die Betroffenen von rassistischer, antisemitischer, ableistischer, queerfeindlicher und sozialchauvinistischer Diskriminierung leisten.

Jahresberichte des Berliner Registers

Jährlich veröffentlichen die Berliner Registerstellen ihren gemeinsamen Jahresbericht. Sie enthalten Einschätzungen und Statistiken zu den zwölf Berliner Bezirken, ergänzt durch Analysen zur Situation in Berlin und Texten zu der Entwicklung im klassischen Neonazismus und zur „Neuen“ Rechten, Vorstellungen von Kooperationspartner*innen und weitere Register-relevanten Themen.

Digital nachzulesen sind sie hier:

www.berliner-register.de/publikationen/jahresbericht-2018-der-berliner-register-230
www.berliner-register.de/publikationen/jahresbericht-2019-der-berliner-register-211
www.berliner-register.de/publikationen/jahresbericht-2020-der-berliner-register-189
www.berliner-register.de/publikationen/jahresbericht-2021-der-berliner-register-426

